

Syrien: PKK- und PYD-Aktivitäten

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Alexandra Geiser

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Bern, 12. November 2008

Einleitung

Der Anfrage vom 18. September 2008 an die SFH-Länderanalyse haben wir den folgenden Sachverhalt entnommen:

Der Mandant war als Kämpfer für die *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) in den Jahren von 1995 bis 2004 aktiv. Im Jahr 2004 profitierte er von einer Generalamnestie für heimkehrende syrische PKK-Kämpfer. Er absolvierte sodann seinen Militärdienst. Während des Dienstes verletzte er sich bei einem Unfall am Rücken und musste operiert werden. Nach seiner Genesung kaufte er sich von der Dienstpflicht frei. Als ehemaliger PKK-Kämpfer war er einer Meldepflicht unterstellt. Die Beamten des Sicherheitsdienstes suchten ihn wöchentlich auf und verlangten immer wieder Gratisleistungen von ihm in seiner Garage/Werkstatt. Er war in Syrien für die *Democratic Unity Party* oder *Party of Democratic Unity*, kurz PYD, tätig. Ein Beamter des Sicherheitsdienstes liess den Beschwerdeführer im November 2005 über seinen Bruder eine Warnung zukommen, er solle seine Tätigkeit für die PYD einstellen oder er werde im Gefängnis «zermürbt» werden. Der Mandant führte seine Tätigkeit trotzdem fort. Während den Wahlen im April 2007 intensivierte der Beschwerdeführer sein Wirken für die PYD und hörte auf, in seiner Werkstatt zu arbeiten. Seiner Frau verheimlichte er dies aus Sicherheitsgründen. Als Wahlbeobachter für die PYD übernahm er eine wichtige Funktion. Nach der Wahl wurde der Beschwerdeführer vom Sicherheitsdienst gesucht. Dieser versuchte, ihn sowohl bei seiner Familie als auch bei der Familie seines Bruders aufzugreifen. Der Beschwerdeführer war zum Glück nicht anwesend. Nach Rücksprache mit der Führung der PYD und mit seiner Frau beschloss der Beschwerdeführer, Syrien zusammen mit seiner Frau zu verlassen und im Ausland um Schutz zu ersuchen. Die Ehefrau hatte bis zuletzt als Anwältin gearbeitet. Am 8. August 2007 verliessen der Beschwerdeführer und seine Frau Syrien über den Flughafen von Damaskus und flogen nach Mailand, von wo sie in die Schweiz gelangten. Sie reisten mit Touristenvisa aus.

Der Anfrage an die SFH-Länderanalyse haben wir die folgenden Fragen entnommen:

1. Kam es im Jahr 2004 zu einer Amnestie für zurückkehrende PKK-Kämpfer in Syrien?
2. Wurde die Amnestie auch umgesetzt, oder mussten bekennende und bekannt gewordene PKK-Kämpfer doch noch mit Verfolgung rechnen?
3. Ist vorherige PKK-Aktivität im Zusammenhang mit neuer PYD-Aktivität – trotz besagter Amnestie – Grund für Verfolgung durch den Sicherheitsdienst in Syrien?
4. Kann eine Rechtsanwältin in Syrien zum Beispiel im Bereich des Zivilrechtes weiter tätig sein, wenn ihr Ehemann unter Verdacht der PYD-Aktivität beobachtet und bedroht wird und es zu einer Hausdurchsuchung deswegen kam? Sind mit anderen Worten die zivile Gerichtsbarkeit, die Aufsicht über Rechtsanwälte etc. von solchen sicherheitsdienstlichen Operationen unabhängig?

5. Ist eine Ausreise über den Flughafen mit Hilfe eines gekauften Visums lautend auf den echten Namen der vom Sicherheitsdienst gesuchten beziehungsweise eingeschüchterten Person möglich?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH beobachtet die Entwicklungen in Syrien seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Expertenauskünften und eigenen Recherchen nehmen wir zu den Fragen wie folgt Stellung:

1 Hintergrundinformationen

PKK und Syrien

Während der 1980er- und 1990er-Jahre unterstützte die syrische Regierung die *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK). Im zu dieser Zeit syrisch besetzten Beeka-Tal im Libanon wurden PKK-Kämpfer ausgebildet und bewaffnet. Syrien unterstützte zu dieser Zeit auch die irakischen Kurden, in erster Linie die *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK), welche von Jalal Talabani, dem heutigen irakischen Präsidenten, in Damaskus gegründet wurde.² Der PKK-Führer Abdullah Öcalan lebte in Damaskus im Exil, dirigierte von da aus die Aktivitäten der PKK; es war ihm erlaubt, syrische Kurden für die PKK zu rekrutieren und Gelder zu sammeln.³

1998 beendet die syrische Regierung unter massivem Druck der Türkei die Unterstützung der PKK. Öcalan wurde ausgeliefert, und die PKK transferierte ihre Lager in den Nordirak.⁴ Dies markiert die offizielle Beendigung der syrischen Unterstützung der PKK. Es gibt jedoch Gerüchte, dass Syrien die PKK weiterhin mit Waffen, Training und Geldern fördert.⁵

Kurden in Syrien

In Syrien leben zwischen 1,75 und 2 Millionen Kurden, das sind 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie leben vor allem entlang der Grenze zum Irak und der Türkei, die zwei grössten Städte in dieser Region sind Qamishli und Hassaka. Mindestens 100'000 haben sich auch in Damaskus niedergelassen.⁶

¹ Vgl. Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, www.fluechtlingshilfe.ch/d/laender/index.cfm?tid=2&path=2.

² James Brandon, *The PKK and Syria's Kurds*, *Terrorism Monitor*, 15. Februar 2007: www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370250.

³ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 3, einem in Syrien lebenden Menschenrechtsaktivisten, 10. Oktober 2008.

⁴ James Brandon, *The PKK and Syria's Kurds*, *Terrorism Monitor*, 15. Februar 2007: www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370250.

Gary C. Gambill, *The Kuridsh Reawakening in Syria*, *Middle East Intelligence Bulletin*, Vol 6 no. 4, April 2004: www.meib.org/articles/0404_s1.htm.

⁵ James Brandon, *The PKK and Syria's Kurds*, *Terrorism Monitor*, 15. Februar 2007: www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370250.

⁶ James Brandon, *The PKK and Syria's Kurds*, *Terrorism Monitor*, 15. Februar 2007: www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370250.

Die Überwachung und Bespitzelung durch die Sicherheitsdienste gilt besonders in den von Kurden bewohnten Gebieten als gross. Syriens Diskriminierung der kurdischen Minderheit zeigt sich deutlich im viel toleranteren Umgang mit anderen kleineren ethnischen Minderheiten. Den Kurden ist es nicht gestattet, eigene Schulen zu eröffnen, ihre Sprache zu unterrichten und kulturelle Vereine zur Wahrung ihrer Identität zu gründen.⁷ Die Regierung verbietet die Publikation von Artikeln und Büchern auf Kurdisch. Im Pressegesetz von 2001 ist zum Beispiel auch festgehalten, dass nur Araber Besitzer und Herausgeber von Printmedien sein dürfen.⁸

Die Konsolidierung der *Kurdischen Regionalregierung* (KRG) im Norden Iraks ist auch in Syrien von grosser Bedeutung bezüglich des kurdischen Selbstverständnisses.⁹ Erst 2004 erhielten die syrischen Kurden internationale Aufmerksamkeit, als 40 Kurden bei gewaltsamen Ausschreitungen, ausgelöst durch rivalisierende Fangruppen bei einem Fussballspiel, ums Leben kamen. Die Sicherheitsdienste, die mit grosser Härte vorgingen, brauchten mehrere Tage, um die Unruhen niederzuschlagen. Über 2000 Kurden wurden verhaftet, einige sind zum Teil auch heute noch inhaftiert. Kurdische Nationalisten nennen diese Zeit «Serhildan», Aufstand.¹⁰

Als politische Aktivisten verdächtige Kurden werden häufig verhaftet, bespitzelt, von der Schule verwiesen oder von ihren Regierungsstellen entlassen.¹¹

Die Regierung geht immer wieder mit grosser Härte gegen von Kurden organisierte Anlässe vor. Am 2. November 2007 gingen Sicherheitskräfte mit Schüssen und Tränengas gegen Tausende von Demonstranten in Qamishli vor, die gegen die geplante türkische Invasion im Nordirak protestierten.¹² Gemäss *Reuters* kam dabei ein Jugendlicher ums Leben; drei wurden verwundet.¹³ Wie bereits im Vorjahr gingen auch im März 2008 Sicherheitskräfte gewaltsam gegen Kurden vor, die das kurdische Neujahrfest (Nowuz) in Qamishli feierten. Ohne vorherige Warnung eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer gegen die feiernden Kurden, drei Männer kamen ums Leben.¹⁴

⁷ Chatham House, Middle East Programme, Gareth Stansfield, Robert Lowe, Hashem Ahmadzadeh, *The Kurdish Policy Imperative*, Dezember 2007: www.chathamhouse.org.uk/files/10685_bp1207kurds.pdf.

⁸ Freedom House, *Freedom in the World 2008 – Syria*, 2. Juli 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

⁹ Chatham House, Middle East Programme, Gareth Stansfield, Robert Lowe, Hashem Ahmadzadeh, *The Kurdish Policy Imperative*, Dezember 2007: www.chathamhouse.org.uk/files/10685_bp1207kurds.pdf.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Freedom House, *Freedom in the World 2008 – Syria*, 2. Juli 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

¹² U.S. Department of State, *2007 Country Reports on Human Rights Practices – Syria*, 11. März 2008: www.unhcr.org/cgi-bin/txis/vtx/refworld/rwmain?docid=47d92c5ac8.
Freedom House, *Freedom in the World 2008 – Syria*, 2. Juli 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

¹³ Reuters, *Police kill three Kurds in northeast Syria – group*, 21. März 2008: <http://uk.reuters.com/article/latestCrisis/idUKL2156521720080321>.

¹⁴ Human Rights Watch, *Syria: Investigate Killing of Kurds, Hold Accountable Those Responsible for Unlawful Killings*, 24. März 2008: <http://hrw.org/english/docs/2008/03/24/syria18332.htm>.

2 Fragen

1. Kam es im Jahr 2004 zu einer Amnestie für zurückkehrende PKK-Kämpfer in Syrien?

Gemäss einem Bericht von *Freedom House* wurden seit dem Machtantritt von Bashar al Asad im Jahr 2000 zu verschiedenen Anlässen Gefangenen Amnestien gewährt. So zum Beispiel im Juli 2004, als Bashar al Asad eine Amnestie für 250 Gefangene erliess – im Rahmen des vierjährigen Jubiläums seiner Präsidentschaft.¹⁵ Auch das *Syrian Human Rights Committee* berichtete darüber: Am 17. Juli 2004 wurden 256 Gefangene entlassen, die seit den 1980er- und 1990er-Jahren in Haft waren. Zum ersten Mal hätte das *Syrian Arab News Agency* (SANA) diese Zahl, wie auch die Tatsache, dass es sich um politische Gefangene handelte, bestätigt. Am 7. Dezember 2004 berichtete SANA über die Freilassung von 112 weiteren Gefangenen. Die meisten davon waren Mitglieder der Muslimbruderschaft, darunter waren aber auch Mitglieder Hizb ul-Tahreer (Freiheitspartei), der Baath-Partei, Kommunisten und Palästinenser.¹⁶

Im März 2005 wurde 312 Kurden Amnestie gewährt; sie waren zuvor im Zusammenhang mit den Zusammenstössen im März 2004 in Qamishli verhaftet worden.¹⁷

Im November 2005 gewährte Bashar al Asad 190 politischen Gefangenen zur Eid-Feier Amnestie.¹⁸

Wie *Freedom House* kommentierte, wurde der politische Freiraum trotz dieser sporadischen Gesten in den letzten Jahren eingeschränkt.¹⁹ Ob im Jahr 2004 neben den beschriebene Amnestien eine spezielle Amnestie für ehemalige PKK-Kämpfer erlassen wurde, konnten wir den Quellen nicht entnehmen.

2. Wurde die Amnestie auch umgesetzt, oder mussten bekennende und bekannt gewordene PKK-Kämpfer doch noch mit Verfolgung rechnen?

Uns liegen, wie oben erwähnt, keine Informationen vor, dass es eine spezielle Amnestie für PKK-Mitglieder gab. Doch verschiedenen Quellen ist zu entnehmen, dass

¹⁵ Freedom House, *Countries at the Crossroads 2007*, Country Report Syria, 25. September 2007: www.freedomhouse.org/modules/publications/ccr/modPrintVersion.cfm?edition=8&ccrpage=37&ccrcountry=169.

¹⁶ Syrian Human Rights Committee, *Annual Report On Human Rights, Situation in Syria 2005*, (Covering the period from June 2004 to May 2005), Juni 2005: www.shrc.org/data/pdf/ANNUALREPORT2005.pdf.

¹⁷ The New York Time, Katherine Zoep, *After Decades as Nonpersons, Syrian Kurd May Soon be Recognized*, 28. April 2005: www.nytimes.com/2005/04/28/international/middleeast/28syria.html. U.S. Department of State, *Syria: Country Reports on Human Rights Practices – 2005*, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, 8. März 2006: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61699.htm. Amnesty International, *2006 Annual Report for Syria*, 23. Mai 2006: www.amnestyusa.org/annualreport.php?id=ar&yr=2006&c=SYR.

¹⁸ Freedom House, *Countries at the Crossroads 2007*, Country Report Syria, 25. September 2007: www.freedomhouse.org/modules/publications/ccr/modPrintVersion.cfm?edition=8&ccrpage=37&ccrcountry=169. Amnesty International, *Syria: 190 Political Prisoners Released, Hundreds Remain*, 4. November 2005: www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/095/2005/en/dom-MDE240952005en.html.

¹⁹ Freedom House, *Countries at the Crossroads 2007*, Country Report Syria, 25. September 2007: www.freedomhouse.org/modules/publications/ccr/modPrintVersion.cfm?edition=8&ccrpage=37&ccrcountry=169. Amnesty International, *2006 Annual Report for Syria*, 23. Mai 2006: www.amnestyusa.org/annualreport.php?id=ar&yr=2006&c=SYR.

PKK-Mitglieder oder Personen, die der Mitgliedschaft verdächtigt werden, von den Sicherheitsdiensten verhaftet, verfolgt und überwacht werden.

Gemäss einer Auskunftsperson werden viele ehemalige PKK-Aktivisten, sobald sie von ihrem Einsatz nach Syrien zurückkommen, vom Sicherheitsdienst befragt und beobachtet. Einige wurden auch vor dem *Supreme State Security Court* (SSSC) zu Haftstrafen verurteilt. Wieder andere führen jedoch, sobald sie wieder in Syrien sind, ein von den Sicherheitsdiensten unbehelligtes Leben.²⁰

Auch *Freedom House* berichtet im Jahresbericht von 2007, dass die syrische Regierung weiterhin Dutzende PKK-Mitglieder verhaftet hat. Zudem wurden viele syrische Kurden aus Angst, dass sie sich der PKK anschliessen würden, daran gehindert, in den Nordirak auszureisen.²¹

In den letzten drei Jahresberichten des *U.S. Department of State* zu Syrien wird beschrieben, dass immer wieder PKK-Mitglieder verhaftet wurden:

- **2005:** Im März 2005 wurde ein Kurde nach seiner Rückkehr aus der Türkei wegen verdächtigter Mitgliedschaft bei der PKK verhaftet.²²
- **2006:** Fürs Jahr 2006 wird beschrieben, dass die Verfolgung von Kurden ein Fokus des SSSC war, vor allem auf Grundlage der Verdächtigung der Zugehörigkeit der Kongra Gel (Nachfolgeorganisation der PKK).²³
- **2007:** Fürs Jahr 2007 wird beschrieben, dass bei einer Pro-PKK-Demonstration in Qamishli gegen die türkische Invasion in den Nordirak ein jugendlicher Kurde ums Leben kam, als die Sicherheitskräfte die Demonstration mit Tränengas und dem Einsatz von Schusswaffen aufzulösen versuchten.²⁴

Wie ein syrischer Menschenrechtsaktivist erläutert, werden die meisten Verfahren gegen PKK-Mitglieder vor dem SSSC verhandelt. Die Abteilung des politischen Sicherheitsdienstes ist meistens für die Strafverfolgung und Verhaftung von PKK-Mitgliedern zuständig, weniger häufig sind es der militärische und der Staatssicherheitsdienst. Die Strafen gegen PKK-Mitglieder, die vom SSSC verhängt werden, variieren zwischen drei und zehn Jahren.²⁵

²⁰ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 1, einem in Syrien lebenden kurdischen Journalisten, 20. Oktober 2008.

Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 2, einem im Exil lebenden Kurden und Angehörigen der PYD, 16. Oktober 2008.

²¹ Freedom House, *The Worst of the Worst, the World's most repressive Societies 2008*, 5. Mai 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

²² US Department of State, *Syria, Country Reports on Human Rights Practices – 2005*, 8. März 2006: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61699.htm.

²³ US Department of State, *Syria, Country Reports on Human Rights Practices – 2006*, 6. März 2007: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2006/78863.htm.

²⁴ US Department of State, *Syria, Country Reports on Human Rights Practices – 2007*, 11. März 2008: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2007/100606.htm.

²⁵ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 3, einem in Syrien lebenden Menschenrechtsaktivisten, 10. Oktober 2008.

3. Ist vorherige PKK-Aktivität im Zusammenhang mit neuer PYD-Aktivität – trotz besagter Amnestie – Grund für Verfolgung durch den Sicherheitsdienst in Syrien?

Mit dem Beschluss der PKK, dass in jedem Land wo Kurden leben, lokale, unabhängige Parteien gegründet werden, ist im Jahr 2003 in Syrien die *Democratic Union Party* (PYD) entstanden: Sie wird als direkte Nachfolgeorganisation der PKK in Syrien gesehen.²⁶ Auch ein PYD-Mitglied im Exil bestätigt, dass die *Democratic Union Party* oder PYD einen starken Bezug zur PKK hat. Viele Mitglieder der PYD seien ehemalige Mitglieder der PKK.²⁷

Das *Europäisches Zentrum für Kurdische Studien* beschreibt die PYD (Partei der Demokratischen Union, Party of Democratic Unity, Partiya Yekiti ya Demokrat, al-Hizb al-Itihad (al-Wahida) al-Dimuqrati) als PKK-nah. Die PYD sei bereits unter verschiedenen Namen in Erscheinung getreten. Vorsitzender soll bis Dezember 2004 Kemal Sahin gewesen sein.²⁸

In Syrien sind alle politischen Oppositionsparteien verboten und somit illegal. Die einzigen legalen Parteien sind die *Baath-Partei* und deren Koalitionspartner, die in der regierenden *National Progressive Front* zusammengeschlossen sind.²⁹ Im Jahr 2005, am Baath-Parteitag, wurde zwar versprochen, dass politische Parteien, die nicht auf religiöser oder ethnischer Identität beruhen, legalisiert werden sollten, dementsprechende gesetzliche Anpassungen wurden bis anhin jedoch nicht gemacht.³⁰

Im Juni 2004 wurden die kurdischen Parteien explizit von der Regierung informiert und daran erinnert, dass alle ihre Aktivitäten illegal sind.³¹

Einem Bericht des *Danish Refugee Councils* ist zu entnehmen, dass bezüglich der Aktivitäten von politisch aktiven Kurden nicht klar ist, wo die roten Linien sind. Verschiedene Informanten berichten, dass es keine Muster gebe, wer für welche Tatbestände verhaftet werde. Oft werden die politischen Führer wegen der internationalen Wirkung nicht belangt. Die meisten Verurteilungen von politisch aktiven Kurden vor Militärgerichten oder dem SSCC werden mit Sabotage, Plünderung, Beschmutzung der syrischen Fahne, Mitgliedschaft bei einer illegalen Partei, Kollaboration mit dem feindlichen Ausland oder Gefährdung der nationalen Einheit erklärt.³² Da es

²⁶ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 1, einem in Syrien lebenden kurdischen Journalisten, 20. Oktober 2008.

Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 3, einem in Syrien lebenden Menschenrechtsaktivisten, 10. Oktober 2008.

²⁷ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 2, einem im Exil lebenden Kurden und angehörigen der PYD, 16. Oktober 2008.

²⁸ Europäisches Zentrum für Kurdische Studien, Anfragebeantwortung an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, 23. August 2005: www.ecoi.net/file_upload/1329_1202302233_mk1041-7015syr.pdf.

²⁹ Freedom House, *The Worst of the Worst, the World's most repressive Societies 2008*, 5. Mai 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

³⁰ Chatham House, Middle East Programme, Robert Lowe, *The Syria Kurds: A People Discovered*, Januar 2006: www.chathamhouse.org.uk/files/3297_bpsyriankurds.pdf.

³¹ Chatham House, Middle East Programme, Robert Lowe, *The Syria Kurds: A People Discovered*, Januar 2006: www.chathamhouse.org.uk/files/3297_bpsyriankurds.pdf.

³² Danish Immigration Service, *Syria: Kurds, Honour-killings and Illegal Departure*, April 2007: www.unhcr.org/refworld/docid/46dd2a5e2.html.

keine klaren Kriterien gibt, geht es in erster Linie darum, eine generelle Unsicherheit zu schüren und auf diese Weise jegliche Art von Opposition zu unterbinden.³³

Ein syrischer Menschenrechtsaktivist zählt folgende Variationen der Massnahmen gegen politische Aktivisten auf:³⁴

- Persönliche Überwachung und Überwachung des Telefons und E-Mails
- Keine Ausstellung von Reisegenehmigung
- Periodische Überwachung
- Keine Massnahmen

Als politische Aktivisten verdächtige Kurden werden häufig verhaftet, bespitzelt, von der Schule verwiesen oder von ihren Regierungsstellen entlassen. Im Jahr 2007 kam es zum Beispiel zu Verhaftungen von Kurden, da sie sich an kulturellen Aktivitäten beteiligten.³⁵

Es gibt verschieden Berichte, wonach PYD-Mitglieder verhaftet wurden. Das *U.S. Department of State* berichtet im Jahresbericht 2007 über die Verhaftung eines Kurden, der wegen Besitzes illegaler Publikationen der PYD angeklagt wurde.³⁶ Auch im Jahresbericht 2006 wird über die Verhaftung von Kurden berichtet, die verdächtigt wurden, Mitglieder des PYD zu sein.³⁷

Auch das *Freedom House* berichtet explizit über die Verhaftung von PYD-Mitgliedern. Bei der Niederschlagung einer von der PYD organisierten Demonstration gegen die türkische Invasion im Irak durch die Sicherheitsdienste im November 2007 kam ein Mann ums Leben, Dutzende Personen wurden verwundet. Zudem wurden PYD-Aktivisten verhaftet.³⁸

4. Kann eine Rechtsanwältin in Syrien zum Beispiel im Bereich des Zivilrechtes weiter tätig sein, wenn ihr Ehemann unter Verdacht der PYD-Aktivität beobachtet und bedroht wird und es zu einer Hausdurchsuchung deswegen kam? Sind mit anderen Worten die zivile Gerichtsbarkeit, die Aufsicht über Rechtsanwälte etc. von solchen sicherheitsdienstlichen Operationen unabhängig?

Generell muss zwischen den ordentlichen Strafvollzugsorganen unter dem Justizministerium und den mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes im Jahr 1963 etablierten Sondergerichten unterschieden werden. Das Justizsystem besteht aus der Zivil- und der Strafgerichtsbarkeit, aus Militärgerichten, dem Supreme State Security Court (SSSC) und den religiösen Gerichten. Zivil- und Strafgerichte sind unter dem Justizministerium organisiert. Einige Gesetze, vor allem im Familienrecht, bauen auf der Shari'a auf.

³³ Ebd.

³⁴ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 3, einem in Syrien lebenden Menschenrechtsaktivisten, 10. Oktober 2008.

³⁵ Freedom House, Freedom in the World 2008 – Syria, 2. Juli 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

³⁶ US Department of State, Syria, Country Reports on Human Rights Practices – 2007, 11. März 2008: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2007/100606.htm>.

³⁷ US Department of State, Syria, Country Reports on Human Rights Practices – 2006, 6. März 2007: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2006/78863.htm.

³⁸ Freedom House, The Worst of the Worst, the World's most repressive Societies 2008, 5. Mai 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

An den offiziellen Gerichten werden rechtliche Normen mehr oder weniger eingehalten und die Rechte der Angeklagten gewahrt. Offiziell haben alle Angeklagten das Recht auf eine Verteidigung und Akteneinsicht, was in politischen und vermeintlich politischen Fällen nicht gewährt wird. Das SSSC (Supreme State Security Court) verhandelt alle politischen Fälle und Fälle, die im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit stehen, und unterliegt gemäss dem Notstandsgesetz von 1963 keinen verfassungsrechtlichen Auflagen. Verbreitung falscher Informationen, Diffamierung der Armee, Beleidigung des Präsidenten, Schädigung des Ansehens Syriens im Ausland oder die Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei sind die häufigsten, weit gefassten politischen Tatbestände, die am SSSC behandelt werden. Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass jährlich Hunderte von Fällen vom SSSC behandelt werden. Meistens geht es dabei um die Zugehörigkeit zu einer verbotenen politischen Gruppierung.³⁹ Jedes Urteil vor dem SSSC wird vom Präsidenten ratifiziert, der das Recht hat, die Urteile zu annullieren, Wiederaufnahme der Verfahren zu verlangen und das Strafmass zu reduzieren.⁴⁰

Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes erlaubt es den staatlichen Geheimdiensten, mit unlimitierter Befugnis zu agieren. Die vier voneinander unabhängigen Geheimdienste⁴¹ sind direkt dem Präsidenten unterstellt, eine Kontrolle findet weder durch Gerichte, das Parlament noch andere Institutionen statt. Da keine gesetzlichen oder administrativen Einschränkungen definiert sind, ist das Vorgehen der Geheimdienste von grosser Willkür geprägt, und es wird immer wieder über Menschenrechtsverletzungen berichtet. Der Ausnahmezustand gibt der Regierung die Möglichkeit, die Kontrolle auch über die zivile Gerichtsbarkeit zu halten.⁴²

Mit dem Notstandsgesetz haben die verschiedenen Geheimdienste freie Hand zu willkürlichen Verhaftungen von Verdächtigen, und diese können incommunicado für lange Zeiten ohne Anklageerhebung inhaftiert werden. Schätzungen gehen davon aus, dass viele der 2500 bis 3000 politischen Gefangenen ohne Verfahren in syrischer Gefangenschaft stecken.⁴³ Der SSSC verurteilte im Jahre 2007 über 100 politische Aktivisten zu hohen Gefängnisstrafen, die meisten davon mit islamistischen Tendenzen.⁴⁴

Freedom House bezeichnet das syrische Justizsystem als korrupt, ineffizient und unter dem Einfluss der Politik. Obwohl Artikel 131 der Verfassung vorschreibt, dass

³⁹ U.S. Department of State, 2007 Country Reports on Human Rights Practices – Syria, 11. März 2008: www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/refworld/rwmain?docid=47d92c5ac8.

⁴⁰ Freedom House, Countries at the Crossroads 2007, Country Report Syria, 25. September 2007: www.freedomhouse.org/modules/publications/ccr/modPrintVersion.cfm?edition=8&ccrpage=37&ccrcountry=169.

⁴¹ Der syrische Präsident verlässt sich weiterhin auf die Loyalität verschiedener, ihm direkt unterstellter Geheimdienste. So der allgemeine Geheimdienst (Idarat al-Amn al-Amm) bestehend aus einer internen, externen und einer Palästina-Abteilung, weiter die politische Sicherheitsabteilung (Idarat al-Amn al-Siyasi), die auch alle Print- und audiovisuellen Medien überwacht, der Militärgeheimdienst (Shu'bat al-Mukhabarat al-Askariyya) und der Luftwaffen-Geheimdienst (Idarat al-Mukhabarat al-Jawiyya). Der Luftwaffen-Geheimdienst gilt als der gefürchtetste Geheimdienst Syriens, was darauf zurückzuführen ist, dass Hafez al-Assad als ehemaliger Luftwaffenkommandant diesen Geheimdienst selbst aufgebaut haben soll und mit seinen loyalsten Männern besetzt hat. (Intelligence Profile: Syria, 3. Juni 2003: www.cvni.net/radio/nsnl/nsnl061/nsnl61sy.html).

⁴² Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 2, einem im Exil lebenden Kurden und Angehörigen der PYD, 16. Oktober 2008.

⁴³ Freedom House, Freedom in the World 2008 – Syria, 2. Juli 2008: www.freedomhouse.org/uploads/special_report/62.pdf.

⁴⁴ Human Rights Watch, World Report 2008 – Syria, 31. Januar 2008: <http://hrw.org/englishwr2k8/docs/2008/01/31/syria17619.htm>.

das Justizsystem unabhängig ist, ist das in der Praxis nicht umgesetzt. Die Exekutive hat eine grosse Macht über das Justizsystem. Sowohl die Einsetzung der Richter wie auch alle Entscheide auf den verschiedenen Ebenen unterliegen letztlich der Zustimmung der Exekutive oder den Sicherheitsdiensten. Korruption und Bestechung sind auf allen Ebenen allgegenwärtig. Staatsanwälte haben ein gewisses Mass an Unabhängigkeit auf den unteren Ebenen und in geringfügigen Fällen, auf höherer Ebene können sie unter Druck der Regierung oder von einflussreichen Familien kommen.⁴⁵

Der Militär- und Sicherheitsapparat hat einen grossen Einfluss auf das Justizsystem, auf die Legislative und sogar auf die Exekutive, der er eigentlich unterstellt ist.⁴⁶

In vielen Fällen, werden die Familien von Oppositionellen oder Menschenrechtsaktivisten auch von den Sicherheitsdiensten beobachtet, eingeschüchtert und bedroht.⁴⁷ Auch eine andere Auskunftsperson bestätigt, dass Familienmitglieder von Aktivisten, auch von verurteilten Aktivisten, die in Haft sind, oft von den Geheimdiensten belästigt und überwacht werden. Es seien jedoch keine Regeln festzustellen, und es komme auch vor, dass die Familien von Aktivisten unbehelligt bleiben.⁴⁸ Von der Opposition wird die zivile Gerichtsbarkeit nicht als unabhängig von den Sicherheitsdiensten erachtet, der Präsident und die kleine Elite an der Macht hätten einen grossen Einfluss auf das Justizsystem.⁴⁹

5. Ist eine Ausreise über den Flughafen mit Hilfe eines gekauften Visums lautend auf den echten Namen der vom Sicherheitsdienst gesuchten beziehungsweise eingeschüchterten Person möglich?

Der *Danish Immigration Service* erhielt im April 2007 die Information, dass die syrischen Behörden die Ein- und Ausreisekontrollen bedeutend verschärft haben. Alle Daten über Ein- und Ausreisen werden von den syrischen Behörden registriert. Wenn eine Person von einem der Sicherheitsdienste gesucht wird, können diese Daten bei der Ausreise abgerufen werden.⁵⁰ Gemäss Brigadier General Mazhar Ahmed, Chief of Immigration and Passports Department, Ministry of Interior of Syria, benötigen Beamte, Männer, die Militärdienst leisten müssen, und Kinder ein Exitvisum.⁵¹

Laut einem syrischen Journalisten benötigt jeder Syrer, der ausreisen will, ein Exitvisum. Solange diese Person nicht auf einer «schwarzen Liste» vermerkt ist, sei die

⁴⁵ Freedom House, *Countries at the Crossroads 2007, Country Report Syria*, 25. September 2007: www.freedomhouse.org/modules/publications/ccr/modPrintVersion.cfm?edition=8&ccrpage=37&ccrcountry=169.

⁴⁶ Freedom House, *Countries at the Crossroads 2007, Country Report Syria*, 25. September 2007: www.freedomhouse.org/modules/publications/ccr/modPrintVersion.cfm?edition=8&ccrpage=37&ccrcountry=169.

⁴⁷ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 3, einem in Syrien lebenden Menschenrechtsaktivisten, 10. Oktober 2008.

⁴⁸ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 2, einem im Exil lebenden Kurden und angehörigen der PYD, 16. Oktober 2008.

⁴⁹ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 1, einem in Syrien lebenden kurdischen Journalisten, 20. Oktober 2008.

⁵⁰ Danish Immigration Service, *Syria: Kurds, Honour-killings and Illegal Departure*, April 2007: www.unhcr.org/refworld/docid/46dd2a5e2.html.

⁵¹ Danish Immigration Service, *Syria: Kurds, Honour-killings and Illegal Departure*, April 2007: www.unhcr.org/refworld/docid/46dd2a5e2.html.

Ausreise unproblematisch.⁵² Auch eine andere Auskunftsperson erwähnt die «schwarze Liste», die auch auf dem Flughafen bei der Ausreisekontrolle genutzt wird. Wurde jemand vom Sicherheitsdienst verhaftet, braucht diese Person ein schriftliches Dokument des Dienstes, der ihn verhaftet hat, mit der Bewilligung, das Land verlassen zu dürfen. Es bestehe aber auch die Möglichkeit, durch Bestechung an das notwendige Dokument zu gelangen oder am Flughafen jemanden zu bestechen, sodass die Ausreise möglich ist.⁵³ Für politisch aktive Kurden, die den Sicherheitsdiensten bekannt sind, gilt es gemäss einer Auskunftsperson als schwierig, das Land auf legalem Weg zu verlassen.⁵⁴

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen machten auch in diesem Jahr wieder darauf aufmerksam, dass viele syrische Aktivisten mit politischem oder menschenrechtlichem Hintergrund daran gehindert wurden auszureisen.⁵⁵

Ein syrischer Menschenrechtsaktivist berichtet, dass die syrischen Behörden eine Liste von Personen mit Ausreiseverboten führen. Vor allem Menschenrechtsaktivisten würden daran gehindert, das Land zu verlassen. Auch beschreibt er, dass viele Kurden, die das Land verlassen, nicht die Absicht haben, wieder zurückzukehren. Aus diesem Grund würden die syrischen Behörden häufig kurdische Aktivisten, obwohl sie von den Sicherheitsdiensten unter Beobachtung stehen, nicht an der Ausreise hindern.⁵⁶

SFH-Publikationen zu Syrien und anderen Herkunftsländern von Flüchtlingen finden Sie unter [www.fluechtlingshilfe.ch / Länder / Publikationen](http://www.fluechtlingshilfe.ch/Laender/Publikationen)

Der Newsletter «Länder und Recht» informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter [www.fluechtlingshilfe.ch / Länder / Newsletter](http://www.fluechtlingshilfe.ch/Laender/Newsletter)

⁵² Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 1, einem in Syrien lebenden kurdischen Journalisten, 20. Oktober 2008.

⁵³ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 2, einem im Exil lebenden Kurden und Angehörigen der PYD, 16. Oktober 2008.

⁵⁴ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 2, einem im Exil lebenden Kurden und Angehörigen der PYD, 16. Oktober 2008.

⁵⁵ Human Rights Watch, Syria: Repression of Activists Continues Unabated, Engagement With Damascus Should Include Human Rights, 12. Juni 2008: <http://hrw.org/english/docs/2008/06/12/syria19119.htm>

⁵⁶ Schriftliche Auskunft an die SFH von Auskunftsperson 3, einem in Syrien lebenden Menschenrechtsaktivisten, 10. Oktober 2008.